

## Tumpel verlangt Initiativen für Menschen mit Behinderung

Utl.: "Regierung muss mehr für die Integration tun" =

Wien (AK) - "Die Regierung muss mehr tun, um Menschen mit Behinderung in die Arbeitswelt zu integrieren", verlangt AK Präsident Herbert Tumpel. Auf der gemeinsam von AK, ÖGB und Unfallversicherung organisierten Veranstaltung "Mit Behinderung in der Arbeitswelt" kritisierte Tumpel heute in Wien, dass weder Unternehmer noch ArbeitnehmerInnen leicht zu Informationen kommen, welche Unterstützung es für Menschen mit Behinderung gibt. Er verlangt eine zentrale Anlaufstelle für Beratung und Begleitung bei der Wiedereingliederung. Weiters müsse es bei Teilqualifizierung im Rahmen der so genannten integrativen Berufsausbildung für Jugendliche mit Behinderung auch das Recht auf Berufsschulbesuch geben - und es sei gut, dass ein Behindertengleichstellungsgesetz geplant sei, es müsse aber nachgebessert werden. Unter anderem sollen Betriebsvereinbarungen zur Integration von Menschen mit Behinderung erzwingbar sein, und die Sozialpartner sollen bei Schlichtungsstelle und Gericht Anträge für Menschen mit Behinderung stellen können.

"Die Beratungs- und Förderlandschaft für Menschen mit Behinderung ist zu unübersichtlich", kritisiert Tumpel. Er berichtete vom Beispiel eines 45-jährigen Elektrikers, der seit kurzem hochgradig sehbehindert ist und deshalb nicht mehr im erlernten Beruf arbeiten kann. Die Firma will ihn behalten, der Mann musste aber selbst klären, welche Unterstützung es für ihn gibt. Schließlich zog das Bundessozialamt ArbeitsassistentInnen für blinde und hochgradig sehbehinderte Menschen bei. Der Elektriker konnte einen EDV-Kurs absolvieren, und Betriebsrat, Behindertenvertrauensperson und Personalabteilung versuchen jetzt, im Betrieb einen neuen Arbeitsplatz zu finden. "In solchen Fällen ist rasch Hilfe nötig", sagt Tumpel.

Die Arbeiterkammer hat gemeinsam mit den Sozialpartnern, dem Arbeitsmarktservice und den zuständigen Ministerien die Homepage [www.arbeitundbehinderung.at](http://www.arbeitundbehinderung.at) eingerichtet, auf der sich Betroffene und Unternehmen über Unterstützungsmöglichkeiten für Menschen mit Behinderung informieren können. Tumpel verlangt von der Regierung mehr Initiativen für die Integration von Menschen mit Behinderung in die Arbeitswelt:

+ Eine zentrale Anlaufstelle für Begleitung von Menschen mit Behinderung bei der Wiedereingliederung in die Arbeitswelt - das könnte das Bundessozialamt sein.

+ Das Recht auf den Besuch der Berufsschule für Jugendliche, die im Rahmen der "integrativen Berufsausbildung" einen Beruf in Form einer Teilqualifizierung lernen.

+ Nachbesserungen beim Entwurf für ein Behindertengleichstellungsgesetz: Unter anderem sollen Betriebsvereinbarungen zur Integration von Menschen mit Behinderung erzwingbar sein, soll ein Behindertenbeauftragter eingesetzt werden, sollen die Sozialpartner bei Schlichtungsstelle und Gericht Anträge für Menschen mit Behinderung einbringen können.

~

Rückfragehinweis: AK Wien Kommunikation

Peter Mitterhuber

Tel.: (++43-1) 501 65 2347

<mailto:peter.mitterhuber@akwien.at>

<http://wien.arbeiterkammer.at>

~

\*\*\* OTS-ORIGINALTEXT UNTER AUSSCHLISSLICHER INHALTLICHER  
VERANTWORTUNG DES AUSENDERS \*\*\*

~

OTS0172 2004-03-23/13:57

~

231357 Mär 04

Link zur Aussendung:

[http://www.ots.at/presseaussendung/OTS\\_20040323\\_OTS0172](http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20040323_OTS0172)